

Titel der Drucksache:

**Dringliche Informationsaufforderung -
Situation Flüchtlingsunterkünfte in Erfurt im
Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung**

Drucksache

0991/16

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	18.05.2016	öffentlich

Informationsaufforderung

Sachverhalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der aktuelle Bericht von Open Doors Deutschland ist zutiefst beunruhigend. Besonders christliche Flüchtlinge werden demnach in Deutschen Migrantunterkünften zu Tausenden auf die unterschiedlichste Weise u.a. aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit bedroht oder diskriminiert.

Meine Anfrage an Sie im Januar 2016 betreffend „meldepflichtiger Ereignisse“ 0064/16 war durch Sie sinngemäß und rein formal beantwortet worden, dass die Stadt hierfür nicht zuständig sei.

Meine Anfrage im Stadtrat an Sie im Stadtrat betreffend „sexueller Übergriffe und religiöse motivierter Gewalt in Flüchtlingsunterkünften“ 0403/16 stellte ich im März 2016. Sie antworteten öffentlich, am 02.03.2016, dass der Stadtverwaltung Erfurt keine Zwischenfälle von sexuellen Übergriffen gegen Frauen und von religiös motivierter Gewalt in Erfurter Flüchtlingsunterkünften bekannt seien.

Nur kurz darauf, am 07.03.2016, wurde mit einer Information aus der Verwaltung 0437/16 (nicht-öffentlich!) mitgeteilt, dass es dokumentiert doch zu sieben Nötigungen, Beleidigungen und Körperverletzungen mit sexuellem Hintergrund und zu zwei Auseinandersetzungen mit religiösem Hintergrund sowie vier Anzeigen zu Auseinandersetzungen zu unterschiedlichen Nationalitäten gekommen sei.

Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Diskriminierungen insbesondere gegenüber christlichen Flüchtlingen im Dunkeln bleibt, weil sich die Betroffenen aufgrund der Situation in der Migrantunterkunft und Drohungen von Mitbewohnern sich nicht trauen zu äußern. Da die Betroffenen im Rahmen der Open Doors Erhebung anonym befragt wurden, ist auch für Erfurt

erneut über die Zustände in den Migrantenheimen zu beraten. Dabei ist die derzeit abnehmende Migrantenzahl als eine Chance zur Neuordnung der Migrantenunterkünfte, die eine mögliche Trennung von gefährdeten Gruppen vorsieht (vgl. CDU-Antrag zum Minderheitenschutz bei Flüchtlingen), zu verstehen.

Dass diese Trennung und damit der Schutz von Minderheiten im übertragenen Wirkungskreis zu sehen wäre, ist nicht erkennbar, da Erfurt als Kommune in der Tat für den konkreten Modus der Flüchtlingsunterkunft zuständig ist. In anderen Kommunen (Bsp.: Gotha) wird eine solche Trennung mit dem Ergebnis der Reduzierung des Diskriminierungspotentials bereits praktiziert.

Die Dringlichkeit dieser Informationsaufforderung begründet sich mit der weiterhin bestehenden Diskriminierung und Bedrohungslage einzelner Flüchtlinge und Personengruppen. Diese Situation bedarf gesonderter Aufmerksamkeit und sollte aufgrund der Gefahr für Leib und Leben von Menschen nicht aufgeschoben werden. Der aktuelle Bericht von Open Doors Deutschland belegt, dass die Lage ernster ist, als bisher öffentlich angenommen bzw. dargestellt.

Ich beantrage daher im Sinne dieser Ausführungen die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes auf die o.g. Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung unter dem Titel:

**„Situation Flüchtlingsunterkünfte in Erfurt
im Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung“**

Ich bitte diesbezüglich um detaillierte Berichterstattung (schriftlich und mündlich) und um Beachtung folgender Punkte:

- Neuordnung der Haltung der Erfurter Stadtverwaltung bei Unterbringung von Flüchtlingen und der potentiellen Trennung von einzelnen Flüchtlingsgruppen im Kontext der aktuellen Open Doors-Erhebung
- Offenlegung der bisher vorliegenden Berichte der Polizei (unter Berücksichtigung der Art und Weise, wie Polizeistatistiken zu lesen und zu verstehen sind) und Wertung für das weitere Handeln der Stadtverwaltung Erfurt hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen und einer potentiellen Trennung, so dies von einzelnen Flüchtlingen oder Flüchtlingsgruppen gewünscht ist
- Konkrete Optionen zur Trennung von Flüchtlingen, die in irgendeiner Form diskriminiert werden (Christen, andere religiöse Minderheiten, Frauen, Kinder)
- Falls die Stadtverwaltung Erfurt keine Trennung von Flüchtlingen vorsieht, welche anderen Möglichkeiten werden gesehen, die Diskriminierungen wirkungsvoll zu bekämpfen?

Zu der Sitzung sind einzuladen

- o Vorsitzender des Ausländerbeirates José Paca
- o Vertreter der Polizei (PI Süd)
- o Vertreter der Sozialen Dienste

Anlagenverzeichnis

Kurzbericht zur Lage christlicher Flüchtlinge in Deutschland

17.05.2016, gez. i.A. Hein

Datum, Unterschrift

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt mündlich.

18.05.2016, gez. i. A. Gruber